

NIEDERSCHRIFT

über die 6. Sitzung (Sondersitzung) des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen

vom:	17.10.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	17.32 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Schul- und Bildungswesen:

Stv Höpfner-Diezemann, Ute - als Vorsitzende -
AM Bell, Achim - für Stv Bertelmann, Hans-Günter -
Stv Dittert, Katrin
Stv Groß, Michael
Stv Kleine, Sancho-Antonio
AM Pfeifer, Joachim
Stv Schleifenbaum, Dorothea
AM Schlosser, Karlpeter - für Stv Flohren, Angelika -
AM Schuß, Lothar
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut - für AM Reinhardt, Gudrun -
AM Trittman, Klaus
Stv Wolf, Marianne

II. Beratende Mitglieder:

AM Bär, Jochen
AM Burk, Friedrich
AM Denis, Carmen
AM Elemenler, Muhammed
AM Glaremin, Friedhelm
AM Krämer, Ingrid
AM Leonhardt, Helgard
AM Schäfer, Manfred
AM Schütte, Brigitte

AM Pastor Siemon, Herbert - für AM Pastorin Dzaak, Evelyne bis 16.45 Uhr -
AM Pfarrer Stipp, Ulrich
AM Walenta, Nicole

III. Aufgrund besonderer Einladung zu TOP 3:

Frau Stahl - Rektorin Gilbergschule -

IV. Als Zuhörer:

AM Bieneck, Ekkehard
AM Faßbender, Dirk
AM Kesting, Stefan
AM Leonhardt, Traugott
AM Mengel, Erhard
AM Dr. Schmidt-Peters, Anna

V. Von der Verwaltung:

StR Dr. Rohr
Städt. VD Fischer
VA Körper
StOAR Keßler
VA Juchems-Voets
VA Dr. Jung
Stadtjugendpfleger Weber
VA Wehler
VA Bernshausen
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Flohren, Angelika
AM Reinhardt, Gudrun

Zur Tagesordnung:

Die Ausschussmitglieder sind mit der Erweiterung um den nachgereichten Punkt 4 „Einrichtung einer ABM-Stelle zur Schulsozialarbeit an Hauptschulen“ einverstanden.

Die Punkte werden in der Reihenfolge 3, 4, 2 behandelt.

Die Aufnahme eines von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Antrages vom 16.10.2000 bezüglich der vom Kämmerer verfügten Haushaltssperre wird bei 6 Stimmen dafür (SPD / BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN / UWG) und 7 Stimmen dagegen (CDU) abgelehnt.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Sintzen bestimmt.

6. AfSuB 17.10.2000

2. Verbesserung der Kinderbetreuung in Siegen hier: Förderung und Entwicklung von Kinderbetreuungsprojekten in der Grundschule

Vorlagenr. 725/00 - Vorlage vom 04.10.2000 -

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss.

Herr Eberlein hält den Erhalt bzw. die Weiterführung der Vernetzungsstelle über den 30.11.2000 hinaus für erforderlich. Das Ergebnis des Förderantrages ist so frühzeitig zur Kenntnis zu geben, dass vor der evtl. Stellenstreichung eine erneute Erörterung möglich ist.

Frau Juchems-Voets führt aus, dass das Versorgungsamt Köln mittlerweile grünes Licht für die Servicestelle Kinderbetreuung gegeben hat. Sie geht davon aus, dass über das Ergebnis des Förderantrages in der kommenden Sitzung berichtet werden kann.

Herr Schmidt spricht sich dafür aus, dass Kinderbetreuungsangebote auch *außerhalb* kommunaler Beschäftigungsförderung weiterzuentwickeln sind. Punkt 3 des Beschlussvorschlages ist dementsprechend zu ändern.

Beschluss (mit Abänderung des Punktes 3 auf Antrag von Herrn Schmidt):

1. Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur verlässlichen Grundschule von "acht bis eins" zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabe kommunaler Mittel für das Jahr 2000 vorzunehmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Kinderbetreuungsangebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Dies kann auch im Rahmen kommunaler Beschäftigungsförderung geschehen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. AfSuB 17.10.2000

3. **Honorarkräfte im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit;**
hier: **Darstellung der Aufgaben und Konsequenzen einer evtl. Reduzierung der Honorarkräfte**

Vorlagenr. 724/00 - Vorlage vom 02.10.2000 -

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss.

Herr Weber erläutert anhand einer Bildschirmpräsentation die Verwaltungsvorlage umfangreich.

Frau Stahl bezeichnet die mehrjährige Kooperation zwischen Schule und den Honorarkräften als sehr erfolgreich. Die Schulsozialarbeit stellt eine wichtige Brücke zwischen Schülern, Schule und Eltern dar und ist somit eine wirkungsvolle ad hoc-Hilfe. Sie ist überzeugt, dass die Folgekosten fehlender Schulsozialarbeit höher als die Kosten der Durchführung sind. Sie bittet darum, die Schulsozialarbeit im bisherigen Rahmen fortzuführen.

Herr Schmidt beantragt für die CDU-Fraktion, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: Das Wort „Arbeit“ ist durch das Wort „Schulsozialarbeit“ zu ersetzen. Weiterhin ist folgender Satz hinzuzufügen: „Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die zur Zeit tatsächlich entstehenden Kosten für Schulsozialarbeit unter Berücksichtigung des derzeit tätigen Personals und der zur Zeit geleisteten Stunden zu ermitteln.“

Herr Eberlein spricht sich gegen den von Herrn Schmidt gestellten Antrag aus, weil dieser zu einer Reduzierung anderer Formen offener Arbeit in Kinder- und Jugendeinrichtungen führen würde. Er votiert für den durch die Verwaltung unterbreiteten Beschlussvorschlag.

Diesen Ausführungen schließt sich Herr Groß an.

Herr Schmidt ist der Meinung, dass, wenn die Schulsozialarbeit zu 100 % erhalten werden soll, an anderen Stellen dafür Abstriche gemacht werden müssen. Die Entwicklung wird zeigen, wie groß die entstehende Lücke sein wird. Zu gegebener Zeit sind Überlegungen darüber erforderlich, wie diese geschlossen werden kann.

Frau Höpfner-Diezemann erwähnt, dass der Antrag der CDU-Fraktion lediglich Einschnitte außerhalb der Schulsozialarbeit im Bereich der (prozentual mit 15 % anzusetzenden) Honorarkräfte zur Folge hätte.

Frau Tielsch hält es für erforderlich, dass die Schulsozialarbeit in dem selben Umfang wie bisher weitergeleistet wird. Über die in anderen Bereichen in Kauf zu nehmenden Einschränkungen muss man sich zu gegebener Zeit Gedanken machen.

Beschluss (mit Ergänzung auf Antrag von Herrn Schmidt):

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Rat der Stadt Siegen zu empfehlen, die erforderlichen Mittel zur Sicherstellung der Schulsozialarbeit in den Kinder- und Jugendeinrichtungen im Haushaltsjahr 2001 bereitzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die zur Zeit tatsächlich entstehenden Kosten für Schulsozialarbeit unter Berücksichtigung des derzeitig tätigen Personals und der zur Zeit geleisteten Stunden zu ermitteln.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

6. AfSuB 17.10.2000

4. Einrichtung einer ABM-Stelle zur Schulsozialarbeit an Hauptschulen

Vorlagenr. 731/00 - Vorlage vom 05.10.2000 -

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss.

Herr Pfeifer mahnt zu einem verantwortlichen politischen Umgang mit der Thematik. Er fordert mit Nachdruck, die ABM-Stelle zur Schulsozialarbeit an Hauptschulen einzurichten.

Ziel ist, weder den Stellenplan, noch die Ausgaben der Stadt Siegen auszuweiten, so Frau Schleifenbaum. Sie schlägt daher vor, dass die Stadt Siegen Verhandlungen mit freien Trägern aufnimmt und hierin die evtl. Bereitschaft zur Übernahme dieser Aufgabe eruiert.

Frau Höpfer-Diezemann bringt vor, dass eine Lösung vor dem Hintergrund einer möglichst geringen Belastung des städtischen Haushaltes gefunden werden muss. Für den 10 %-igen Trägeranteil ist im städtischen Haushalt eine Deckung zu suchen. Diese Mittel sind für den Fall der Bereitschaft eines freien Trägers an diesen weiterzuleiten.

Herr Eberlein schließt sich seinen Vorrednern an.

Herr Groß spricht von einem vergleichsweise geringen Ausgabebetrag, mit dem eine wichtige Arbeit geleistet wird. Er hält einen Appell an den Rat, die ABM-Stelle einzurichten und den diesbezüglich gefassten Beschluss nicht aufzuheben für erforderlich. Grundvoraussetzung für die Durchführung der Schulsozialarbeit an Hauptschulen durch einen freien Träger ist dessen fachliche Kompetenz.

Herr Bernshausen verdeutlicht, dass die Einrichtung einer zusätzlichen ABM-Stelle selbst bei einer 90 %-igen Förderung aus finanziellen Gesichtspunkten nicht leistbar ist. Sollte die Stelle dennoch eingerichtet werden, ist nach 2 Jahren eine Entscheidung darüber zu treffen, die Maßnahme abubrechen oder die entsprechende Kraft in ein Dauerarbeitsverhältnis zu übernehmen. In dem letztgenannten Fall entstehen auf Dauer hohe Kosten aufgrund des Wegfalls der Förderung.

Frau Walenta äußert die Idee, Studenten des Faches Sozialpädagogik in Form eines Praktikums mit der Durchführung der Schulsozialarbeit an Hauptschulen zu betrauen. Hierdurch können ihres Erachtens erhebliche Kosten eingespart werden.

Herr Dr. Rohr sagt eine diesbezügliche Prüfung zu. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2001 ist die Problematik erneut zu thematisieren.

Wichtig ist die Etablierung der ABM-Stelle für den von Herrn Bernshausen genannten Zeitraum von 2 Jahren, so Herr Löwenberg. Um die Bereitschaft eines freien Trägers zur Durchführung der Aufgaben zu erreichen, ist sicherzustellen, dass der Trägeranteil von 10 % für diesen Zeitraum aus städtischen Mitteln übernommen wird.

Beschlussvorschlag (in Abänderung des Verwaltungsvorschlages):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Einrichtung einer ABM-Stelle zur Sozialarbeit an Hauptschulen beizubehalten. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein freier Träger bereit ist, die Einrichtung einer ABM-Stelle für eine Sozialarbeiterin / einen Sozialarbeiter bzw. eine Sozialpädagogin / einen Sozialpädagogen zur Sozialarbeit an Hauptschulen der Stadt Siegen zu übernehmen. Der Trägeranteil von 10 % wird zunächst für die Dauer von 2 Jahren aus städtischen Mitteln übernommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

6. AfSuB 17.10.2000

Siegen, den Siegen, den

Ausschussvorsitzende

Ausschussmitglied

Siegen, den

Schriftführer